430

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. / Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 19. Mai 1926 — Nummer 114

# Großalarm zum Roten Pfingsten!

## Freche Hetze der Völkischen

Berlin, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Organ Hugenbergs entfaltet in seiner Nachtausgabe „Der Tag" eine ungeheure Hetze gegen das Rote-Frontkämpfer-Treffen zu Pfingsten in Berlin, um das Verbot desselben herbeizuführen. Das Blatt schreibt: „Berlin steht vor einer kommunistischen Invasion. Der Bürger wird sich fragen, wie verhält der Staat die Stadt zu schützen? Nach unseren Erkundigungen an zuständiger Stelle ist man auf einen großen Empfang vorbereitet. **Der Befehl des Großalarms ist seit zwei Tagen gegeben. Der Urlaub ist für jeden Beamten der Schutzpolizei gesperrt. Es werden zu Pfingsten 14 000 Schutzbeamte den Roten Verbänden gegenüberstehen. Außerdem ist die Reichswehr eingesetzt.** Artillerie wird an den gefährlichen Punkten der Stadt aufzufahren sein. Panzerwagen werden durch die Straßen fahren. Maschinengewehre sind schußbereit."

Dieser Schwindel verfolgt nur den Zweck, die Schutzpolizei gegen die Roten Frontkämpfer aufzuhetzen. Die Völkischen möchten durch die Verbreitung dieser Märchen den guten Spießer in Angst und Schrecken versetzen. Die Rote Front soll eingeschüchtert werden. Der klägliche Verlauf der eigenen Kundgebungen veranlaßt die Nationalisten zu der wilden Hetze. Es soll das Verbot des Roten Frontkämpfertreffens erreicht werden. Das „Berliner Tageblatt" bezeichnet den Schwindel als eine Sensation, die gemacht wurde, um Provokationsstimmung zu schaffen.

Die Rote Front wird sich durch die Aufmachung und Hetze der Hugenberg-Banditen nicht einschüchtern und nicht provozieren lassen. Dazu brauchen die Frontkämpfer die Versicherung des Polizeipräsidiums, daß die Mitteilungen der Hugenberg-Journaille falsch seien, nicht. Das Polizeipräsidium erklärt, daß der Aufmarsch verfassungsmäßig zulässig sei.

Daß die Polizei bei einem Auftreten von Rot-Front besonders zahlreich auf den Beinen ist, ist für uns selbstverständlich. Wird doch schon bei einer Maidemonstration die gesamte Polizei aus den Betten geholt und muß Dienst verrichten.

Die Antwort an die Hugenberger wird ein um so wuchtigerer Aufmarsch zum Roten Pfingsten im Roten Berlin sein. Alle Schikanen und alle Hetze werden daran nichts ändern. Die 80 000 Frontkämpfer werden in Berlin erscheinen. Die Rote Front demonstriert gegen die völkischen Putschpläne, sie demonstriert gegen Hunger und Arbeitslosigkeit, gegen Steuerlasten und Mietwucher.

Diese Front ist durch ein paar Verbrecher und verbrecherische Schreiberknechte nicht umzuwerfen.

Wir glauben gerne, die Völkischen möchten die Gelegenheit als Anlaß zu ihren Putschplänen benutzen. Sie fordern die Provokation der Roten Front, um den Belagerungszustand zu erhalten. Die Frontkämpfer werden sich nicht provozieren lassen. Aber die völkischen Gesellen dürfen gewiß sein, hinter den Roten Frontkämpfern steht die gesamte Arbeiterschaft. Wer es wagt, die Rote Front anzugreifen, um die gesamte Arbeiterschaft zu treffen, wird es mit der gesamten Arbeiterschaft zu tun bekommen. Für die Frontkämpfer ist aber jetzt erst recht die Parole:

**Heraus zum Roten Pfingsten im Roten Berlin!**

**Alle Mann an Bord!**

**Demonstriert gegen Reaktion und Faschismus!**

# Die SPD. für die Aufrechterhaltung des Republikschutzgesetzes

Der Reichstag hatte sich in seiner Dienstagsitzung zunächst mit der zweiten und dritten Lesung der Handelsverträge mit Spanien, Portugal und Honduras, sowie dem Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag zu beschäftigen. Haag (Deutschnational) und Toni Sender (Soz.) empfahlen die Annahme der Verträge. In der Debatte ergriff für die kommunistische Fraktion der Genosse Urbahns das Wort, der betonte, daß wir uns an der Aussprache nicht beteiligen, weil wir etwa glauben, daß mit diesen Verträgen der deutschen Wirtschaft geholfen werden kann.

In zweiter und dritter Beratung werden sämtliche Handelsverträge gegen die Stimmen der Kommunisten und Völkischen angenommen. Gegen das Zusatzabkommen mit Frankreich stimmen auch die Deutschnationalen.

Ebenso wird der deutsch-estnische Konsularvertrag angenommen.

In der zweiten Beratung des völkischen Antrages auf Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 beantragt Radius als Berichterstatter des Rechtsausschusses die Ablehnung des Antrages.

Für die kommunistische Fraktion erklärte Genosse Rosenberg, daß wir uns bei der Beurteilung von Anträgen immer nur rein sachlich nach dem Inhalt derselben richten werden und darum auch dem völkischen Antrag auf Beseitigung des Republikschutzgesetzes zustimmen. Das Gegenteil von dem, was der Redner der Völkischen, Kube, hier ausführte, ist der Fall: **die ganze Wucht des Republikschutzgesetzes ist gegen links und besonders gegen die Kommunistische Partei gerichtet.**

Genosse Rosenberg greift aus dem unerschöpflichen Material nur ein Beispiel heraus: die Fememordorganisation. Und er stellt fest, daß vor dem Forum des Staatsgerichtshofs überhaupt nur ein einziger Fememord „abgeurteilt" wurde. Damit ist das entscheidende Argument für die Aufrechterhaltung dieses Gesetzes vom Standpunkt der schwarz-rot-goldenen Parteien von vornherein hinfällig: gegen die Organisationen, auf die der § 7 des Gesetzes gemünzt ist, hat das Gesetz restlos und absolut versagt. Genosse Rosenberg erklärt, aus dem bekanntgewordenen Material nur das absolut Stichfeste zitieren zu wollen, auf die Notverordnung zur Errichtung einer Diktatur und auf das Waffenlager von Großbeeren nicht eingehen zu wollen. Uebrig bleibt eine an feststehenden Tatsachen: 1. die Erklärung des Justizrats Claß, die er allein abgegeben hat, 2. die authentischen Briefe zwischen diesem und Dr. Neumann-Lübeck und 3. der Aufmarschplan der Organisation „Olympia", der bei Oberst v. Luck gefunden wurde, alle drei Dokumente, deren Echtheit kein Mensch anzweifeln kann. Was ergibt sich aus diesen Dokumenten? 1. Claß hat sich in den letzten Wochen damit beschäftigt, eine Regierung für das Deutsche Reich zusammenzustellen. Da frage ich: ist Herr Claß eigentlich Reichspräsident? Wenn also etwas Hochverrat im Sinne dieses Gesetzes ist, ist es der Plan der Bildung einer Diktaturregierung, wie er in dem Brief von Claß zum Ausdruck kommt.

Aus den Aufmarschplänen des Obersten von Luck aber geht etwas weiteres hervor: ein Privatmann ohne öffentliche Funktion bemüht sich, zusammen mit anderen Leuten eine Kampforganisation aufzustellen, die gegen Berlin marschieren soll. Das Eigenartige ist dabei, daß diese „Abwehrorganisation" der Herren von „Olympia" an die Reichswehr (!) angelehnt sein sollte. Nun haben wir 1923 die proletarischen Hundertschaften gehabt, die mindestens ebenso wie die sächsischen und thüringischen Staatsorgane angelehnt waren. Aber für die Bildung solcher Hundertschaften sind Arbeiter mit vielen Jahren Zuchthaus bestraft worden. Wenn in der heutigen Situation die preußische Regierung nicht in der Lage war, auch nur eine einzige Verhaftung auf Grund dieser Enthüllungen und Tatsachen durchzuführen, so ergibt sich daraus, folgert Genosse Rosenberg ganz richtig, **die völlige Zweck- und Wertlosigkeit des Republikschutzgesetzes für die Dinge, die die schwarz-rot-goldenen Parteien, also auch die Sozialdemokraten damit verfolgen.** Im Interesse der Demokraten und Sozialdemokraten hätte es liegen müssen, daß die Verfasser der Aufmarschpläne mindestens auf Grund der §§ 7, 8 ff. des Republikschutzgesetzes in Haft genommen würden. Genosse Rosenberg erinnert als Gegenstück an die Verhaftung des Genossen Höllein im Oktober 1924.

Das schlimmste in der Praxis ist aber der § 7 in seiner Ziffer 4, wo es heißt: „Wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung teilnimmt, bekommt Gefängnis bis zu 5 Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus." Der Staatsgerichtshof hat seine Judikatur wesentlich darauf gegründet, **daß er unter diesen geheimen oder staatsfeindlichen Verbindungen die Kommunistische Partei meint,** eine Partei, die in allen Parlamenten und Kommunen Deutschlands vertreten ist, Millionen Anhänger und eine große Presse hat, alles andere als geheim ist.

Genosse Rosenberg bezeichnet es als **eine Schande ohnegleichen,** daß auf Grund dieses Gesetzes eine Schrift von Berta Lask, „Thomas Münzer", dramatisches Gemälde des deutschen Bauernkrieges von 1525", also eine Sache, **die über 400 Jahre zurückliegt, verboten wurde.**

Genosse Rosenberg kommt sodann auf den **Vorstoß der Vaterländischen Verbände,** wie es sich in den Demonstrationen in Berlin zeigte, zu sprechen und sagt, daß der großindustrielle Hugenberg, der doch auch Mitglied des Reichstages ist, heute aber fehlt, sicherlich weiß, **warum er abwesend ist.** Der Kampf gegen den Monarchismus, schließt der Redner, ist der Kampf gegen das Großkapital. Wenn man auf dem Boden dieser Republik gegen Schwarz-Weiß-Rot kämpfen will, kommt man in Gewissenskonflikte und die Schwankungen der Herren um Grzesinski lassen sich dadurch sehr leicht erklären. **Der Kampf gegen den Monarchismus wird nur als Klassenkampf von den Massen geführt werden können und in diesem Sinne wird auch die große Bewegung für die Fürstenenteignung im Volksentscheid ausklingen.** Die heutige Abstimmung wird von den Massen aufmerksam verfolgt werden, weil die Arbeiterschaft das Republikschutzgesetz kennt, **weil auch die sozialdemokratischen Arbeiter von ihm nichts wissen wollen,** weil auch sie am Sonntag in großer Anzahl die Prügel ihres Genossen Grzesinski haben einstecken müssen.

Scholz von der Deutschen Volkspartei beantragt die Rücküberweisung des Antrags an den Rechtsausschuß.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Levi. Er sagt, wenn alle Völkischen so wie Herr Kube wären, würde die Mehrheit des Reichstags wohl bereit sein, für die Aufhebung des Gesetzes zu stimmen! In diesem Gesetz hätten zweifellos manche Bestimmungen eindeutiger (!) gefaßt werden können, aber an dem durch das Gesetz eingetretenen Zustand trage nicht die Gesetzgebung, sondern diejenigen, die das Gesetz angewendet haben, die Schuld. (!) Unerhört ist Levis Anspruch, daß man „allerdings" (!) von Schreckensurteilen gegen Kommunisten „gehört" (!) habe. Levi lehnt die Aufhebung des Gesetzes ab.

Der Antrag wurde sodann mit großer Mehrheit an den Ausschuß zurückverwiesen.

# Die Farce der Abrüstungskonferenz

Von Rudolf Haus.

Wieder einmal blasen die Imperialisten Friedensschalmeien. In Genf kommen die friedfertigen Lämmer des Imperialismus zusammen, um über die Abrüstungskonferenz zu beraten.

Ausgerechnet in Genf müssen die Imperialisten die „Abrüstungskonferenz" stattfinden lassen! Sie wählten Genf, um Sowjetrußlands Teilnahme an der Abrüstungskonferenz zu verhindern. Die sowjetrussische Delegation kann nicht in die Schweiz kommen. Die Ermordung Worowskys und der Skandal der Freisprechung der Mörder ist noch in aller Erinnerung. Die Schweizer Regierung hat es abgelehnt, Sowjetrußland die Genugtuung zu geben, die es fordern muß. So schließen die Imperialisten Sowjetrußland von der Abrüstungskonferenz aus. Sie wollen das proletarische Rußland damit als den einzigen Staat hinstellen, der sich weigert, abzurüsten, — der den Frieden Europas bedroht. Die Teilnehmer der Abrüstungskonferenz dagegen werden in großtönigen Reden, die in der Presse der ganzen Welt veröffentlicht werden, ihren „Friedens- und Abrüstungswillen" bekunden.

Vorläufig handelt es sich um Vorbereitungsarbeiten. Die Abrüstungskonferenz liegt noch in blauer Ferne. Warum? Weil die Imperialisten sich nicht einig werden können, welches Theater aufgeführt, was „abgerüstet" werden soll.

England tritt für die Beschränkung des Baues der U-Boote ein. Die Entwicklung der französischen U-Bootflotte ist Merry Old England auf die Nerven gefallen. Es fühlt sich bedroht. Die Dreadnoughts sind gegen die U-Boote machtlos. Darum schreit das edle Großbritannien: Es lebe die Abrüstung der U-Boote!

Und **Frankreich** präsentiert seine **Gegenforderung:** Einschränkung des Baues der Luftflotte Englands. Die stärkste Landmacht der Welt — Frankreich — fühlt sich durch das rasche Wachstum der englischen Luftflotte bedroht. Die englische Luftflotte überflügelt die französische. Frankreichs militärische Ueberlegenheit schwindet. Darum schreit es: Es lebe die Abrüstung der Luftflotte!

Die **Vereinigten Staaten** verlangen die Abrüstung der Japaner. Japan soll seine großen Geschütze abschaffen, damit die amerikanischen Truppen im Kriegsfalle ohne Widerstand landen und Japan besetzen können.

So geht es im Kreise herum: Jede imperialistische Macht will die Abrüstung — der anderen!

Aber — so kann man einwenden — hat nicht bereits die Washingtoner Abrüstungskonferenz ihre „segensreichen Früchte" gezeitigt? Sie setzte die Beschränkung des Baues der großen Kriegsschiffe durch. Ist das nicht ein Schritt zur „Befriedigung" der Welt? Hören wir, wie die 2. Internationale diese Frage beantwortet! Sie antwortet: „Ja, die Washingtoner Konferenz war ein Schritt zum Frieden!"

Sehen wir uns das Washingtoner Abkommen näher an. Um es richtig zu verstehen, müssen wir uns kurz Rechenschaft über die Rolle der Marine im nächsten imperialistischen Kriege geben.

Die Marine ist — wie heute alle Waffengattungen — im Prozesse einer radikalen Umwandlung. Ihr ist ein ernster Konkurrent entstanden: Die Luftflotte. Aber auch aus inneren Widersprüchen der Marine erleben wir gegenwärtig eine völlige Umwertung aller Werte der Seestreitkräfte. Man erinnere sich daran, daß während des Weltkrieges keine einzige große Seeschlacht geliefert wurde.

Ganz allgemein trifft folgender Satz zu: Die kleinen Schiffe sind den größeren überlegen. Den kleinen Schiffen steht daher eine große Entwicklung bevor. Und in diesem Sinne kann man heute wiederum von einem tollen Wettrüsten zur See sprechen. Aber man baut heute nur noch wenige Dreadnoughts, dafür um so mehr kleinere Fahrzeuge. Am bezeichnendsten ist folgende Nachricht, die gegenwärtig die Runde durch die militärische Fachpresse macht: Die englische und amerikanische Flotte experimentieren gegenwärtig mit kleinen Motorbooten, die eine gesteigerte Geschwindigkeit haben. Die kleinen Boote, die eine Besatzung von 2 bis 5 Mann haben, sind mit einem regelrechten Torpedorohr ausgerüstet und werden in Schwärmen auf eine Flotte losgelassen. Sie geben ein sehr kleines Ziel ab, und — wenn auch 50 Prozent und mehr versenkt werden, — die übrigen Boote dieses Typus können der feindlichen Flotte ungeheuren Schaden zufügen.

Dies ist die Tendenz der Entwicklung der Flotte im imperialistischen Zeitalter. **Lediglich aus militärischen Notwendigkeiten heraus erklärt sich die Bereitwilligkeit der Imperialisten, den Bau ihrer Dreadnoughts einzuschränken. Die Washingtoner** Konferenz hat eine Einschränkung für den Bau von Linienschiffen, Schlachtkreuzern und Flugzeugmutterschiffen festgesetzt. Mit Ausnahme der Flugzeugmutterschiffe haben die Imperialisten auf die Kriegsschiffe verzichtet, die heute keinen militärischen Wert haben. Welche Edelmütigkeit dieser „Pazifisten"! Durch das Washingtoner Abkommen schalten sie ihre veralteten Seestreitkräfte aus. Der Bau von Kreuzern, Torpedobooten, Motorbooten und U-Booten — also der modernen Waffen der Marine — wurde freigegeben! Aber die Großmächte erfüllen den Vertrag nur, soweit es ihnen paßt. So denkt Amerika nicht daran, den Bau von Flugzeugmutterschiffen einzuschränken. Es weiß sich zu helfen: Es baut außer den bewilligten Flugzeugmutterschiffen 135 000 einfache Flugzeugmutter-Hilfsschiffe! Damit umgeht es glatt das Washingtoner Abkommen!

Außerdem gibt das Abkommen den großen, imperialistischen Mächten die Mittel in die Hand, die Militärmacht der kleinen Staaten einzuschränken und zu kontrollieren.

Als Beweis dafür, daß die geschilderte Tendenz der Marine auch in den Kreisen der Imperialisten als unangreifbare These gilt, verweisen wir auf ein „altehrwürdiges", konservatives